

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Drahtschrift  
Tageblatt Riesa,  
Herrn Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Weichen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1330,  
Zirkel:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 118.

Donnerstag, 22. Mai 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restlamelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemühter Rabatt erwünscht, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Anzeigenscheinbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: GutsMuths 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die zweite Lesung des Wehretats im Reichstag. Der Reichswehrminister für gesunde Wehrpolitik.

### Die Wahlarbeit beginnt.

Dresden, 22. Mai. Im amtlichen Teil der Sächs. Staatszeitung vom 21. Mai wird eine Verordnung des Gesamtministeriums über die für den 22. Juni bevorstehenden Landtagswahlen veröffentlicht. Danach sind die Wählerlisten und Wahlarten vom 31. Mai bis 7. Juni 1930 öffentlich auszulegen. Zu Wahlkreisleitern werden ernannt: im Wahlkreis 1 Oberregierungsrat Dr. Kuntze (Kreishauptmannschaft Dresden); im zweiten Wahlkreis Oberregierungsrat Hempel (Kreishauptmannschaft Leipzig); im dritten Wahlkreis Stadtrat Dr. Hertwig (Chemnitz, Neues Rathaus). Der Kreiswahlleiter im ersten Wahlkreis wird zugleich zum Landeswahlleiter ernannt.

Die Wahlvorschlüge der Parteien, die im alten Landtage durch Abgeordnete vertreten waren, sind auf den amtlichen Stimmzetteln in folgender Nummernfolge aufzuführen:

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands;
2. Deutsche Volkspartei;
3. Kommunistische Partei Deutschlands;
4. Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei);
5. Deutschnationale Volkspartei;
6. Sächsisches Landvolk;
7. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei;
8. Deutsche Demokratische Partei;
9. Volkspartei;
10. Alte Sozialdemokratische Partei.

In der Verordnung werden außerdem Bestimmungen für die unterstellten Behörden über die technische Durchführung der Wahlvorbereitung getroffen.

### Deutscher Reichstag.

Abg. Berlin, 21. Mai, 3 Uhr.

In der Mittwoch-Sitzung des Reichstages wurde zunächst ohne Debatte der Gelegenheitsentwurf über die Beteiligung des Reiches an der

#### Mobilisierungsanleihe

in allen drei Lesungen angenommen. Es folgte die zweite Beratung des

### Haushalts des Reichswehrministeriums.

#### Reichswehrminister Dr. Groener:

In der Presse des Auslandes, ja sogar in unserem eigenen Vaterlande wird die Behauptung verbreitet von dem militärischen Angriffskriterium Deutschland. Tatsächlich ist aber Deutschland abgerüstet und seine Wehrmacht ist keine Angriffswaffe. Das zeigt schon der Vergleich unseres 100 000 Mann starken mit der französischen Armee, deren Kriegsausgabe 1 000 Millionen beträgt. Der neue Chef des französischen Generalstabes, den wir 1918 als scharfen, aber klugen und ritterlichen Gegner kennengelernt haben, wird hofentlich seine große Autorität dafür einsetzen, daß jene unwürdige und beschämende Deklamation von der angeblichen deutschen Gefahr aufhöre.

Trotz dieser Wehrlosigkeit muß bei uns alles geschehen, damit wir gegen jede Verletzung der Neutralität und gegen jeden Gebietsraub auftreten und uns wehren können, sonst wird uns auch der Völkerbund nicht nützen. (Beifall.) Wir müssen unsere Wehrhaftigkeit erhalten und ihren Geist auch in der Jugend pflegen, zumal die Abrüstung der übrigen Länder, auf die wir Anspruch haben, keine Fortschritte macht. Man spricht von deutschen Geheimrüstungen. Jeder Sachmann weiß aber, daß eine geheime Rüstung unter den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich ist. Solche Angriffe, wie sie neuerdings wieder Poincaré erhoben hat, sind also als unfruchtbar zu bezeichnen. Die Ausgaben für die Wehrmacht betragen bei uns 4 Prozent des Gesamtbudgets, in Frankreich aber 27 Prozent und in Polen sogar 28 Prozent. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen bei uns an Wehr-Ausgaben 11 Mark, an Frankreich aber 57,50 Mark. Jede Möglichkeit, die uns der Versailler Vertrag läßt, muß ausgenutzt werden, sobald sie einen Kräftezuwachs für die Verteidigung bietet. Wegen der Verletzung der Wehrmacht wird in der schärfsten Weise vorgegangen, unparteiisch nach rechts und links. Das Verhältnis vom Offizier und Mann ist in unserer Reichswehr ausgeglichen. Wir erwarten auch, daß sich das Verhältnis der Reichswehr zu unserer Bevölkerung immer besser gestalten wird.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Kapitel des Etats ein und spricht die Hoffnung aus, daß im nächsten Jahre für die Reichswehr größere Mittel bewilligt werden. (Veh. Beif. Beif. links.)

In den Ausgaben für Waffen und Munition zu kürzen, wäre die größte Dummheit, die wir machen könnten. Alle Parteien sollten daran mitarbeiten, daß die Wehrmacht und der Wehr-Etat entpolitisiert werden. Der Wehr-Etat müsse stabil gestaltet werden, damit planmäßig auf lange Sicht gearbeitet werden kann. (Beifall.)

Abg. Schöpplin (Soz.) unterstreicht die Erklärung des Ministers, daß die Reichswehr keine Angriffswaffe sei. Andererseits dürfe es aber auch nicht so dargestellt werden, als sei die Reichswehr schwach und hilflos. Sie sei fast genau zum Schutze des Landes. Das sei auch notwendig, solange in Europa bedauerlicherweise die politischen Zustände noch so sind, daß gegebenenfalls mit einer Verletzung der Neutralität und der Grenzen Deutschlands zu rechnen ist. Der Minister sollte in einem weniger spöttischen Ton vom Völkerbund sprechen. Die Sozialdemokraten wollen alles zum Schutze des Landes tun, aber sie sind nicht der Meinung des Ministers, daß alle Möglichkeiten des Versailler Vertrages ausgeschöpft werden müssen. Noch mehr als im Vorjahre stehen im diesjährigen Wehr-Etat die Ausgaben in starkem Gegensatz zu der allgemeinen Finanzlage.

Wir müssen bei verschiedenen Positionen Streichungen beantragen. Die Wiedereinführung der Anrede der Offiziere in der dritten Person verurteilen wir. Die Soldatenanrede, die im alten Heere üblich war, wird leider in der Reichswehr noch immer getrieben. Der Minister muß sich äußern zu der Mitteilung des jugoslawischen Führers Mahran, daß Reichswehrstellen in enger Fühlung stehen zur Führung der bolschewistischen Armee in Sowjetrußland. Von den Führern des "Reichswort" wird bolschewistische Propaganda getrieben, ebenso in Jugenbergs Blättern und in verächtlicher Weise sogar in einem "Germania-Artikel" vom 9. August 1929.

Abg. v. Lettow-Vorbeck (Dnat.): Wir können uns nicht der Meinung anschließen, daß im Reichswehr-Etat noch größere Ersparnisse möglich wären. Der militärische Geist in der Reichswehr ist ganz vorzüglich, ebenso das Verhältnis von Offizieren und Mannschaften. Die Anrede in der dritten Person wird keineswegs von den Mannschaften als unerträglich empfunden. (Widerspruch links.) Wir bezweifeln es, daß der Minister die Fühlung der Reichswehr mit den Offizieren der alten Armee enger gestalten will. Bei der Auswahl der Offiziere darf ein Klassenstandpunkt nicht mitreden.

Gegen politische Verlesungsbestrebungen muß nachdrücklich eingeschritten werden. Die Reichswehr soll nicht einer politischen Richtung, sondern der Volksgemeinschaft dienen. Der Wehr-Etat ist zu sparsam aufgestellt. Als Angriffswaffe kommt die Reichswehr gegen die Millionen-Armeen nicht in Frage; aber ein gewisser Schutz liegt darin, wenn der Gegner weiß, daß wir nicht wehrlos sind. In der Frage des Panzerkreuzers "B" hätte die Regierung nicht auf die Führung verzichtet dürfen. Der Minister, der die Möglichkeiten des Versailler Diktats ausschöpfen will, muß auch die Vorteile für den Panzerkreuzer fordern. Wir wollen Deutschland wehrhaft und blühenfähig machen. Wir wollen die deutsche Jugend zum Wehrwillen erziehen. Es ist bedauerlich, daß der sozialistische Schülerbund die Kriegsdienstverweigerung propagiert. (Wst. Beif. rechts.) Geheime Rüstungen haben natürlich keinen Zweck, aber es ist beschämend, wenn aus parteipolitischen Gründen jede Verlesung des Wehrwillens, sei sie legal oder illegal, an die Öffentlichkeit gebracht wird. Wir erstreben die Freiheit, unser Geschick selbst zu meistern. (Beifall rechts.)

Abg. Erping (Ztr.): Wir brauchen die Reichswehr als ein Instrument der Verteidigung. Wenn die Bevölkerung unserer Grenzgebiete im Osten und Westen aus diesen Gebieten hinausdrängt, dann ist das zum großen Teil auf die Befürchtung zurückzuführen, daß bei europäischen Verwicklungen diese Gebiete zuerst zu leiden haben. Dem Friedensgedanken wird nicht damit genügt, wenn deutsche Setzungen das Gedächtnis von geheimen Rüstungen weiter tragen. In Stralsburg hat eine französische Zeitung der Richtung Hertel eine derartige Mitteilung des "Berliner Tageblattes" wiedergegeben mit dem Zusatz, daß sei ein Beweis für das Bestehen geheimer deutscher Rüstungen. Bei der Rekrutierung der Reichswehr müssen alle Landestteile gleichmäßig berücksichtigt werden. Die Bemerkung des Ministers kann nicht als Gerüchtmachung des Völkerbundes betrachtet werden. Der Völkerbund hat allerdings seine Entscheidungen in vielen Fällen nicht vom Standpunkt der Gerechtigkeit, sondern vom Machtstandpunkt aus gefällt. Die Verbindungen mit Rußland fallen mehr ins Ressort des auswärtigen Amtes. Der "Germania" kann man wahrhaftig nicht bolschewistische Propaganda vorwerfen. Während Deutschland vollständig abgerüstet ist, ist in der Abrüstung der übrigen Mächte kein Fortschritt zu verzeichnen. Auch die Hoffnungen auf die englische Arbeiterregierung nach dem Abbruch haben sich nicht erfüllt. Bei dieser Lage mußte es bestreben, daß auf der Tagung der sozialistischen Internationale in Berlin ausgerechnet gegen den geplanten Bau des deutschen Panzerschiffes "B" protestiert wurde. Die Art

der Propaganda, die die Deutsche Friedensgesellschaft in einer ihrer letzten Broschüren treibt, schädigt Deutschland mehr als manche Kurra-Rede eines alten Generals, denn diese Broschüre kommt auf Grund ganz unzutreffenden Materials zu dem Schluß, daß doch geheime Rüstungen von der Reichswehr gefördert werden. Mit der Einstellung der Reichswehr zum neuen Staat ist es wesentlich besser geworden. Das Zusammentreffen von Lettow-Vorbeck mit seinem Kriegsgenossen General Smuts war eine bessere Friedensarbeit als die unwahre denunziatorische Art, wie auch deutsche pazifistische Kreise um die Friedensgesellschaft herum ihre Propaganda treiben. (Beifall rechts.) Diese Kreise haben meist den Krieg nur in einem Bezirkskommandobüro mitgemacht. Die scharfen national-sozialistischen Angriffe gegen die Reichswehr und den Reichswehrminister sind ein Beweis dafür, daß die Reichswehr ein zuverlässiges Instrument in der Hand des Reiches ist. Wir bitten den Minister, dafür zu sorgen, daß der Geist der Reichswehr so bleibt, wie er heute ist.

Abg. Rippenberger (Komm.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten unter der Regierung Hermann Müller die verschwendische Wirtschaft des Reichswehrministeriums unterstützt. Einzelne Positionen des Etats seien so übertrieben hoch angesetzt und die Zweckbestimmungen so unklar, daß schließlich in diesen Summen große Mittel für illegale Zwecke fließen könnten. Der Redner begründet schließlich einen von den Kommunisten eingebrachten Mißtrauensantrag gegen den Reichswehrminister Groener.

Gegen 7 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag, 3 Uhr, vertagt.

### Gaenen aus der Reichstagsberichterstattung.

Als der Reichstag am Mittwoch der Mobilisierungsanleihe in allen drei Lesungen angenommen hatte, interessierten sich doch manche Parlamentarier und neugierige Berichterstatter für den Inhalt dieses Beschlusses, für das neue Gesetz, das bereits am Donnerstag, den 21. Mai, in Kraft tritt. Hier ist er: Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, bis zu hundert Millionen Tollar im Wege der Beteiligung an der in der Übereinkunft über die Mobilisierung für einen Bruchteil des nichtanfechtbaren Teils der Annullitäten des neuen Planes (Young-Plan) vorgesehene erste Mobilisierungsanleihe flüssig zu machen. Der Erlös fließt der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zu und der Deutschen Reichspost, die einen entsprechenden Anteil an den Ausgaben zu übernehmen haben, die dem Reich aus dem Dienst der Anleihe erwachsen. Der Inhalt des neuen Gesetzes ist wohl verständlich, sein Deutsch könnte, wie uns dünkt, freilich besser sein.

Die Kommunisten haben die zweite Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums benützt, um dem deutschen Volke erneut den Beweis zu erbringen, daß sie im Reichstag völlig leeres Stroh brechen. Es ist schade, daß nicht alle Volksgenossen die Reichstagsdrucksachen Nr. 2042 und 2043 zu Gesicht bekommen. Die Kommunisten beantragen nämlich zum Haushalt der Reichswehr und der Reichsmarine jedes Kapitel und jeden Titel, die sie alle der Reihe nach namentlich aufzählen, dazu auch sämtliche Unteritel, soweit sich dieselben auch gliedern mögen, zu streichen. Was sie nicht alles streichen wollen? Sie beginnen mit dem Reichswehrministerium, das nach ihrer Auffassung vollständig von der Bildfläche zu verschwinden hätte. Ebenso wollen sie befehligen alle Offiziere, Feldproppste, Heeresamtsleute, alle Waffenschulen und die Befestigungen abbauen, das Torpedowesen torpedieren und schließlich leihen sie alle Schiffsbauarbeiten und Armtierungen ab. Je länger die Seiten hindurch fordern sie, daß ein Kapitel und ein Titel nach dem anderen "zu streichen" ist.

### Wahlreformvorlage in Sicht?

h. Berlin. Zu den Andeutungen des Reichsinnenministers Dr. Wirth über die Notwendigkeit einer Wahlreform erfahren wir, daß das Reichsinnenministerium tatsächlich an der Fertigstellung einer solchen Vorlage arbeitet. Sie soll lediglich eine Verkleinerung der bisherigen allzu großen Wahlkreise bringen, nicht aber an dem System der Listenwahl und an dem Wahlalter etwas ändern. Obwohl eine solche Wahlreformvorlage nur eine geringe Veränderung des bisherigen Zustandes brächte, werden ihre Auswirkungen in parlamentarischen Kreisen mindestens als sehr unklar beurteilt. Die Sozialdemokratie dürfte keine Neigung haben, zu einer Wahlreform die Hand zu bieten, da sie mit dem jetzigen System sehr zufrieden ist. Von den anderen Parteien sind eigentlich nur das Zentrum und die Demokraten betont wahlreformunwillig. Man darf daran erinnern, daß gerade aus dem babilonischen Zentrum eine starke Initiative ausgingen einer Wahlreform heranzutragen ist und daß Baden der Wahlkreis des Reichsinnenministers Dr. Wirth ist.